

---

## Armutsbekämpfung in Burkina Faso: Wie Bürgerinitiativen Einfluss nehmen

Richard Gerster\*

---

„Die Landwirtschaftspolitik muss den bäuerlichen Familienbetrieben das Rückgrat stärken. Sie stellen tagtäglich ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis. Demgegenüber gibt es keine Erfolgsgeschichten des Agrobusiness in Burkina Faso“, hält Pierre Aimé Ouédraogo vom ländlichen Bodennetzwerk GRAF fest. Die Nichtregierungsorganisationen (NGO) brachten so eine klare strategische Botschaft in die Diskussion zur Armutsbekämpfung ein. Ihre Erfahrung im Feld widerspricht dem verbreiteten Vorurteil, die Zeit der Familienbetriebe sei abgelaufen. „Auch Leute, welche nicht zum Geldadel gehören und nicht in Ouagadougou wohnen, sind fähig, wirtschaftlich und innovativ zu handeln.“

### **Anerkennung für Basis-Netzwerke**

Burkina Faso zählte zu den ersten Ländern, welche im Jahr 2000 im Hinblick auf Entschuldungsmassnahmen eine Strategie

zur Armutsbekämpfung („Cadre Stratégiques de Lutte contre la Pauvreté, CSLP“) formulierten. „Die geforderte Beteiligung der Zivilgesellschaft blieb zuerst ein frommer Wunsch“, sagt Daniel Thiéba, der heute die Unterstützung der Schweiz an die NGO koordiniert. Einige Jahre später wurde die Anti-Armut-Strategie revidiert, auf Resultate ausgerichtet und breiter abgestützt. Deren Umsetzung wird von Fachleuten in neun thematischen Kommissionen verfolgt und die Resultate an einer Jahreskonferenz diskutiert. In den Arbeitsgruppen und an der Jahreskonferenz spielen Organisationen der Zivilgesellschaft eine aktive Rolle, namentlich im Bereich der ländlichen Entwicklung und der Korruptionsbekämpfung. Die NGO wollen dem Staat bei der Umsetzung seiner Politik auf die Finger schauen und mit ihrer Erfahrung die Wirksamkeit der Armutsbekämpfung verbessern. Fast die Hälfte der Bevölkerung lebt nämlich unter der Armutsgrenze von 183 Franken (82'672 CFA).



Familienbetriebe prägen die Landwirtschaft; z.B. ist es Frauensache, Spreu und Korn zu trennen.

---

Bürgerinitiativen im Bereiche des ländlichen Bodenrechts (GRAF), der Vermarktung von Getreide (RVCC), von Trinkwasser und Hygiene (CCEPA), und von Handwerk und Gewerbe (FENA-BF) schlossen sich in Netzwerken zusammen. Diese erhoben in einem ersten Schritt Daten (z.B. zur Zufriedenheit der Leute mit den vom Staat gebauten Trinkwasser-Zapfstellen und Brunnen) und machten gestützt darauf Vorschläge von Indikatoren, wie Probleme und Fortschritte in den Lebensbedingungen im ländlichen Raum erfasst werden können. Z. B. ist nicht der Strassenbau als solcher ein Erfolgsmaßstab, sondern wie sehr er die Transportkosten und damit die Marktpreise von Hirse, Mais, etc. verringert, indem die neuen Transportwege gezielt die Anbaugelände von Getreide mit den Konsumregionen verbinden.

Die Regierung hörte den Stimmen aus der Zivilgesellschaft zuerst nicht zu. Die Vorschläge wurden als inkompetent, nicht anwendbar oder schlicht oppositionell abgetan. „Ich war nach der CSLP-Jahrestagung von 2007 nicht sicher, ob in Zukunft überhaupt noch ein Dialog möglich sein würde“, sagt ein NGO-Vertreter. Doch in kurzer Zeit hat der Wind stark gedreht. Dazu trug ein

starker Auftritt an der Jahrestagung ganz wesentlich bei. Zudem wurden die NGO in der Sache und im Vorgehen professioneller. Sie gehen nicht mehr direkt in die Öffentlichkeit, sondern konfrontieren zuerst die zuständigen Regierungsleute mit den Ergebnissen ihrer Recherchen. Von Vertretern der Regierung und der Regional-Räte wird die Qualität der Analysen und Vorschläge nun positiv gewürdigt. Allerdings blieben auch Rückschläge nicht aus. Denn bei der CSLP-Tagung vom Oktober 2008 erhielten Vertreter der Zivilgesellschaft wiederum Redezeit, machten jedoch einen unvorbereiteten und desorganisierten Eindruck.

Trotzdem haben die NGO innert kurzer Zeit Einiges erreicht: Regionale Datenbanken wurden aufgebaut. Das Landwirtschaftsministerium hat in sein Steuerungs-Komitee einen Vertreter des Boden-Netzwerks (GRAF) aufgenommen. Das Innenministerium hat 2007 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um die NGO-Vorschläge zu studieren. Es bildeten sich Allianzen der Bürgerinitiativen mit den Volksvertretern in den Regionalräten heraus. Gleichzeitig haben sich die Netzwerke der Zivilgesellschaft gemeinsam organisiert und damit an politi-



Eine Bauerngruppe kann im Tiefland von Yatenga neben Sorgho nun auch Reis und Gemüse anbauen, seit die Regierung 900 m<sup>2</sup> pro Familie zur Verfügung stellt.



scher Schlagkraft gewonnen. Die mangelnde Transparenz des Staatsbudgets in der Öffentlichkeit wurde zu einem viel beachteten Thema. So strahlen die Impulse der NGO nun auf die Resultate einzelner Sektoren aus.

### **Budgethilfe zur Armutsbekämpfung**

Sechs Staaten, darunter die Schweiz, und drei internationale Organisationen (Weltbank, Afrikanische Entwicklungsbank, Europäische Union) finanzieren das Staatsbudget von Burkina Faso mit. Die Grundlage dafür gibt die Strategie der Armutsbekämpfung ab. Die Auszahlungen sind mit einer Leistungsvereinbarung verknüpft, in welcher die Massnahmen, Resultate und deren Massstäbe festgehalten werden. Der Kriterienkranz für Auszahlungen soll nur Indikatoren enthalten, welche die Fortschritte bei der Umsetzung der Anti-Armut-Strategie messen. So gewinnen die Beiträge der Zivilgesellschaft auch an Relevanz für die Budgethilfe, obschon die Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Jahrestagung zur Budgethilfe nicht mit dabei sind. In der Analyse des Staatsbudgets spielt das Zentrum für die Information und Bildung zum Budget (CIFOEB) eine massgebende Rolle.

### **Führungsrolle der Schweiz**

An dieser verstärkten Rolle der Zivilgesellschaft ist die Schweiz nicht unschuldig. Sie hatte bereits 2005/06 begonnen, die analytischen und konzeptionellen Kapazitäten von führenden Partnerorganisationen zu



*Eine Frauengruppe betreibt eine Milchsammelstelle und verkauft Milchprodukte.*



*Es ist noch nicht selbstverständlich, dass sich auch Frauen in Selbsthilfeorganisationen engagieren.*

stärken. Es war wichtig, Grundwissen zum Staatsbudget zu vermitteln. Datenbanken mussten eingerichtet werden, um die Veränderungen in den Regionen überhaupt fassbar zu machen. Die NGO begannen, lokale Erfahrungen in einer nationalen Perspektive zu sehen. Sie lernten, in Netzwerken zu arbeiten und Allianzen zu bilden. Die Kommunikation von Forschungsergebnissen und Schlussfolgerungen sowie deren Einspeisung in die politische Mechanik sind matchentscheidend. Die Schweiz wird die Netzwerke von Bürgerinitiativen bis mindestens 2011 weiter fördern. In Zukunft dürften auch andere Geber wie Frankreich zum Ausbau der Kapazitäten der Zivilgesellschaft beitragen, damit diese vom Staat wirksam Rechenschaft über seine Massnahmen zur Armutsbekämpfung einfordern.

Bei einigen Vertretern der Zivilgesellschaft ist eine Aufbruchstimmung spürbar. Die NGO strecken ihre Fühler auch ins nationale Parlament aus, um ihren Anliegen politisch besser zum Durchbruch verhelfen zu können. Die Zivilgesellschaft blickt nach Mali: Auch frankophon geprägt, hat die De-

zentralisierung und Beteiligung der Zivilgesellschaft dort früher begonnen und ist weiter fortgeschritten als in Burkina Faso. Die Regierung stellt keineswegs in Abrede, dass es Defizite gibt. „Wir kennen den

Vorwurf der Zivilgesellschaft, das Budget sei nicht transparent. Wir arbeiten an Verbesserungen“, sagt François Zoundi vom Finanzministerium.



*Ein vom Staat gebautes Wasserrückhaltebecken steigert den Ertrag und macht auch Gemüsebau möglich.*

---

\* Der Autor, Dr. Richard Gerster, ist Wirtschaftswissenschaftler und arbeitet als selbständiger Berater und Publizist ([www.gersterconsulting.ch](http://www.gersterconsulting.ch)). Dieser Artikel ist Teil einer Serie, welche vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) in Auftrag gegeben wurde, um die Budgethilfe aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten. Sie geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder.